

Zur US-Außenpolitik gegenüber Syrien, Iran und Nordkorea

Eine Analyse von Clemens Ronnefeldt, Versöhnungsbund-Referent, Januar 2004

Wer wissen möchte, wie die Militarisierung der US-Außenpolitik in den nächsten Jahren vermutlich aussehen und die Transformation des Nahen und Mittleren Ostens weitergehen wird, findet in einem bisher viel zu wenig beachteten Dokument Antworten: Es trägt den Titel "Rebuilding America's Defenses. Strategy, Forces and Resources For a New Century" und wurde im September 2000 verfasst von einem der derzeit maßgeblichen Think-Tanks der USA: Der 1997 gegründeten Gruppe "Project for the New American Century". Zu den wesentlichen Autoren dieser äußerst einflussreichen neokonservativen Gruppe gehören u.a. Paul Wolfowitz, Lewis Libby, Stabschef von Vizepräsident Cheney, Jeb Bush, Gouverneur in Florida und Bruder von Georg W. Bush, William Kristol, Robert Kagan und John R. Bolton.

Ein wesentlicher Kernpunkt ihres Papiers ist Folgender: "Derzeit sieht sich die USA keinem globalen Rivalen ausgesetzt. Die Grand Strategy der USA sollte darauf abzielen, diese vorteilhafte Position so weit wie möglich in die Zukunft zu bewahren und auszuweiten". Auf Seite 51 ihres Dokumentes, das die Dominanz der USA für die nächsten Jahrzehnte zum Inhalt hat, findet sich vor dem Hintergrund des 11.9.2001 ein Satz von fast hellseherisch-prophetischer Klarheit, geschrieben im September 2000: "Further, the process of transformation, even if it brings revolutionary change, is likely to be a long one, absent some catastrophic and catalyzing event - like a new Pearl Harbor" (Der Prozess der Transformation, selbst wenn er revolutionäre Veränderungen mit sich bringt, wird voraussichtlich lange dauern, außer wenn ein katastrophales und katalysierendes Ereignis wie Pearl Harbor eintreten sollte³).

In US-Strategiepapieren verwenden Autoren wie Ronald D. Asmus, Kenneth M. Pollack oder auch Zbigniew Brzezinski den Begriff "Greater Middle East", um die US-Interessen und den Zugriff auf Ressourcen von der Golfregion über den Kaukasus bis nach Mittelasien hin zu beschreiben.

Knapp 60 Jahre wirtschaftlicher Aufstieg Europas und Japans, dazu ein sich wirtschaftlich langsam erholendes Russland, lassen die US-Regierung immer mehr in Panik geraten und auf Schwächere losgehen: "Die beschränkten wirtschaftlichen, militärischen und ideologischen Ressourcen lassen den Vereinigten Staaten, wenn sie ihre Rolle als Weltmacht behaupten wollen, keine andere Möglichkeit, als den kleinen Mächten übel mitzuspielen. In dem an einen Alkoholiker erinnernden Benehmen der amerikanischen Diplomatie steckt durchaus eine Logik. Das wahre Amerika ist so schwach, dass es nur mit militärischen Zwergen eine Konfrontation suchen kann. ... Seine wirtschaftliche Abhängigkeit von der Welt macht auf die eine oder andere Art universelle Präsenz notwendig" (1), so der französische Politikwissenschaftler Emmanuel Todd, der dabei vor allem das riesige Außenhandelsbilanz-Defizit der USA im Blick hat.

Nach der überraschenden Ankündigung Libyens im Dezember 2003, auf Massenvernichtungswaffen zu verzichten, ratifizierte die libysche Regierung im Januar 2004 auch den Vertrag zum Verbot von Atomtests und stimmte einer Kontrollstation in Misratah zu.

Während George W. Bush und die Neokonservativen in der US-Regierung darin einen enormen Erfolg ihrer Drohpolitik sehen, scheint es gewichtige andere Gründe gegeben zu haben, die Staatschef Ghaddafi zum Einlenken gebracht haben: "Weniger US-Bomben, sondern internationale Sanktionen und britische Geheim-Diplomatie haben Libyen zur Umkehr bewegt³, titelte die FR am 12.1.04.

Derzeit sind drei Staaten besonders gefährdet, unter die Räder des im Niedergang begriffenen US-Imperiums zu kommen: Syrien, Iran und Nordkorea.

Syrien

Syrien, etwa halb so groß wie Deutschland, allerdings mit 17,2 Millionen Einwohnern weitaus dünner besiedelt, trägt schon länger aus US-Sicht das Etikett "Schurkenstaat".

Richard Perle sagte der International Herald Tribune Mitte April 2003, im Falle eines Waffenfundes in Syrien würden die USA verlangen, dass diese abgegeben werden müssten, um die Bedrohung zu beseitigen. Falls dies nicht geschehe, "würde wohl keiner ausschließen wollen, dass wir die volle Breite unserer Möglichkeiten ausschöpfen". Da es keinerlei UN-Mission oder UN-Resolution bezüglich der Suche oder gar Zerstörung syrischer Massenvernichtungswaffen gibt, stellt sich die offene Frage, an welches durchführende Organ Richard Perle dabei gedacht haben mag.

Auf journalistische Nachfragen, ob die Anschuldigungen gegen Syrien in einen neuen Krieg münden könnten, antwortete Georg W. Bush: "Wir sind nun hier im Irak. Und als zweiten Punkt erwarten wir Kooperation von Syrien. Und ich bin zuversichtlich, dass wir Zusammenarbeit erhalten".

Mit der Baath-Partei im Irak ist die syrische Baath-Partei seit vielen Jahren verfeindet. Wie die Washington Post am 21.6.02 berichtete, kooperierte die syrische Regierung mit der CIA bei der Verfolgung von Al Quaida-Terroristen.

Seit der Endphase der Kriege gegen Irak wirft die US-Regierung Präsident Baschar al-Assad ein ganzes Bündel von Verfehlungen vor: - Syrien habe angeblich Rüstungsgüter während des jüngsten Krieges an Irak geliefert. - Syrien kooperiere immer noch mit dem gestürzten Regime von Saddam Hussein. - Syrien beherberge Mitglieder der irakischen Führung. - Syrien produziere Massenvernichtungswaffen. - Syrien unterstütze Terroristen.

Entscheidend für die scharfen Töne Washingtons ist nach wie vor vermutlich der letzte Punkt: "Darin sind sich alle Politiker in der Region einig: Die USA legen der syrischen Führung jetzt nicht wegen der möglichen Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen die Daumenschrauben an. Vielmehr zielten sie auf die Ausschaltung radikaler Gruppen ab, die Damaskus unterstützen und die eine Lösung des Nahost-Konflikts nach den Vorstellungen Israels torpedieren könnten. Das sind allen voran die palästinensischen Islamisten-Organisationen Hamas und Dschihad, mehrere militante linke palästinensische Splittergruppen sowie die pro-iranische Schiitenmiliz Hisbollah in Südlibanon", berichtete die FR am 15.4.03.

Konkret soll wohl Syrien zum Verzicht auf die von Israel seit 1967 völkerrechtswidrig annektierten Golanhöhen gezwungen werden. Damit kämen die Vertreter der "Groß-Israel"-Forderungen sowohl in den USA als auch in Israel einen großen Schritt weiter. Bei einem US-Angriff würde die letzte unmittelbar betroffene Regionalmacht ausgeschaltet, die diesem Vorhaben im Wege steht.

Mit einer US-Kontrolle des syrischen Territoriums könnte die irakisch-syrische Grenze stärker als bisher auf Widerstandsaktionen gegen die US-Besatzungspolitik in Irak hin überwacht werden. Gleichzeitig entstünde ein zusammenhängendes Gebiet zwischen Israel und Irak, was aus US-Sicht von großer strategischer Bedeutung wäre.

Im September 2003 überflogen israelische Kampfbomber den Familiensitz des syrischen Präsidenten Assad in Latakia. Als Vergeltung für ein palästinensisches Selbstmordattentat in Haifa bombardierte die israelische Luftwaffe am 5.10.03 das Trainingslager Ein Saheb in der Nähe von Damaskus.

Am 13.12. 03 unterzeichnete Präsident George W. Bush ein Gesetz, das verschärfte ökonomische und diplomatische Sanktionen gegen Syrien beinhaltet. Syrien soll u.a. seine 20 000 Soldaten aus dem Libanon abziehen und bedingungslose bilaterale Verhandlungen mit Israel führen. Bereits mehrfach hat der syrische Präsident volle Normalisierung in den Beziehungen zu Israel angeboten im Austausch gegen den israelischen Rückzug von den Golan-Höhen.

Die alte Formel "Land für Frieden³" ersetzt derzeit sowohl die die US- als auch die israelische Regierung durch die Parole "Frieden durch Stärke³" was de facto die bedingungslose Kapitulation der arabischen Welt und ihrer Interessen bedeutet.

Statt eines neuen Krieges gegen Syrien bräuchte die Gesamtregion eine Lösung des Israel-Palästina-Konfliktes durch eine starke Vermittlung von außen, die eine Zwei-Staaten-Lösung mit Ostjerusalem als Hauptstadt der Palästinenser, eine gerechte Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge in Jordanien, Syrien und Libanon durchsetzt sowie für eine Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen Israelis und Palästinensern sorgt. Hilfreich wären Verhandlungen zu einer ABC-waffenfreien Zone in der gesamten Region, die in einen gegenseitigen Sicherheitspakt münden könnte.

Iran

Am 3.1.2002 fingen israelische Behörden ein angeblich aus Iran kommendes Schiff mit Waffen für die palästinensische Autonomieverwaltung ab. Dies wurde sowohl in Israel als auch in den USA als Unterstützung Teherans für den internationalen Terrorismus gewertet. Der US-Sondergesandte - ehemals für Afghanistan, seit Ende 2002 für Irak - Zalmay Khalilzad, Mitbegründer des New American Century-Projektes, warf am 19.1.2002 dem Iran vor, Waffen an bestimmte warlords in Afghanistan zu schicken, Afghanistan destabilisierende Gruppen zu finanzieren sowie Mitglieder der Revolutionären Garden zu entsenden. Er betonte, dass Irans Politik sich auf "das Prinzip der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans³" gründen müsse.

Die Aufnahme in die Länderreihe der "Achse des Bösen³" erfolgte, obwohl die iranische Regierung den Bombenkrieg der US-Regierung in Afghanistan unterstützte und überdies anbot, abgestürzte US-Piloten zu bergen. Sogar einen Hafen für US-Hilfslieferungen hatte Teheran geöffnet. Neben Ägypten ist Iran nicht nur der bevölkerungs-, sondern auch einer der einflussreichsten Staaten der Region. Iran bemühte sich auf diplomatischer Ebene Kontakte zu US-Verbündeten wie Kuwait, Saudi-Arabien und Pakistan aufzubauen, was Washington missfällt. Besonders stört Washington die bereits fertig gestellte Gaspipeline aus Turkmenistan in den Iran sowie die Tatsache, dass die iranische Regierung mit Indien über den Bau einer Pipeline verhandelt.

Die US-Airforce soll "gemäß israelischer Quellen derzeit einen befestigten, mit Untergrundbunkern ausgestatteten Militärflughafen nahe Herat im Westen Afghanistans einrichten. Für Angriffe gegen Irak wäre dieser Stützpunkt nur begrenzt brauchbar, liegt doch die Basis rund 110 Kilometer von der iranischen Grenze. Anzahl und Ausmaß der US-Stützpunkte in Zentralasien übersteigen das für den Anti-Terror-Kampf notwendige. Für Einsätze gegen Iran wären auch sie hingegen ideal"(2), schrieb Sidney E. Dean bereits im September 2002.

In einem 204 Seiten starken Bericht des US-Außenministeriums über die "Paten des globalen Terrorismus" vom Mai 2002 wurde Iran als aktivster staatlicher Terrorunterstützer beschrieben. Die Islamischen Revolutionären Garden und die iranischen Geheimdienste seien in Terroranschläge insbesondere im Rahmen der palästinensischen Intifada verstrickt, ebenso in Afrika, der Golfregion und in Zentralasien. Die israelische Regierung hat angekündigt, dass sie nicht bereit ist, die Inbetriebnahme eines derzeit noch in der Bauendphase befindlichen Atomkraftwerkes in Iran hinzunehmen. Auch die US-Regierung wird dem baldigen Anfahren des Reaktors wohl nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Am 23.4.03 warnte die US-Regierung Iran davor, Agenten unter die schiitische Bevölkerung Iraks zu mischen. Die einflussreichste schiitische Oppositionsgruppe im Irak, Sciri, lehnt bewaffnete Widerstandsaktionen gegen die alliierten Besatzungstruppen im Irak ab.

Nach dem verheerenden Erdbeben vom Januar 2004 zeigte sich die US-Regierung zu humanitärer Hilfe bereit, rückte aber nicht von den Forderungen nach einem Ende des iranischen Atomprogramms und der Beendigung der Finanzierung von Terrorgruppen im Ausland ab.

Nach langen und zähen Verhandlungen ließ die Regierung in Teheran zuletzt doch noch Mitarbeiter der Wiener Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) im Iran verdächtige Anlagen inspizieren. Nachdem diese tatsächlich Spuren angereicherten Urans entdeckt hatten, willigte die Regierung in Teheran auf Druck vor allem von europäischen Ministern ein, das Zusatzprotokoll zum Nichtweiterverbreitungsvertrag von Atomwaffen zu akzeptieren und IAEO-Experten jederzeit unangemeldete Inspektionen zu erlauben.

US-Außenminister Powell machte Anfang Januar 2004 der iranischen Regierung ein Dialogangebot, das den Konflikt zwischen beiden Ländern deeskalieren könnte. Der einflussreiche Pentagonberater Richard Perle kommentierte dieses Angebot mit den Worten: "Die Soft-Liner neigen zu dem Glauben, dass wir etwas erreichen, solange wir mit anderen Ländern reden selbst wenn alles, was sie uns sagen, eine offenkundige Lüge ist³ (FR, 12.1.04).

Je mehr die rhetorische Schärfe gegenüber Teheran zunimmt, desto größere Schwierigkeiten wird der von Präsident Khatami eingeleitete Reformprozess zu überwinden haben, desto mehr Menschen werden in die Hände der religiösen Führer getrieben.

Nordkorea

Nordkorea unterhält trotz größter Armut und Verelendung im Land eine Armee von mehr als einer Million Soldaten ohne Reservisten. Ein Sechstel des Bruttosozialproduktes fließt in den Militärssektor, mehr als 600 Jagdflugzeuge und mehr als 300 Transportflugzeuge und Hubschrauber, zwischen 100 und 500 Scud-Raketen sowie die Entwicklung von Mittel- und Langstreckenraketen machen den Staat zu einer beachtlichen Militärmacht.

Nach Angaben des südkoreanischen Verteidigungsministeriums lagern in Nordkorea zwischen 2.500 und 5.000 Tonnen chemischer und biologischer Waffen. Der US-Verbündete Pakistan steht in engem Austausch mit dem "Achse-des-Bösen-Staat" Nordkorea. "So gibt es Anlass zur Vermutung, dass Nordkorea im Austausch für die Lieferung von Raketentechnologien an Pakistan von diesem wissenschaftliches und technisches Know how für das neue Programm zur Urananreicherung erhalten hat" (3).

Lediglich 40 Kilometer von der nordkoreanischen Grenze entfernt liegt die südkoreanische Hauptstadt Seoul mit ihren 11 Millionen Einwohnern, die im Falle eines Angriffes auch von US-Truppen nicht zu verteidigen wären. Weil Nordkorea nicht nur über Atomwaffen verfügt, sondern auch mit seiner Armee bei weitem nicht so leicht zu besiegen wäre wie das sehr viel schwächere Irak, werden die US-Strategen wohl nicht so schnell mit einer Bodentruppen-Invasion beginnen: "Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass eine eine halbe Million US-Soldaten umfassende US-Streitmacht in einem Krieg gegen Nordkorea binnen 90 Tagen mit mindestens 50.000 Gefallenen allein auf Seiten des Expeditionskorps zu rechnen hätte" (4).

Die Spannungen der jüngsten Zeit beruhen zu einem großen Teil auf der Nichteinhaltung des am 21.10.1994 unterzeichneten "Agreed Framework" durch die USA und Nordkorea. Darin verpflichtete sich Nordkorea, seinen Forschungsreaktor, seine Brennelementefabrik und eine im Bau befindliche Wiederaufarbeitungsanlage stillzulegen sowie den Bau zweier neuer Atomreaktoren zu stoppen. Im Gegenzug für diesen Verzicht sollte die Regierung in Pjöngjang bis zum Jahre 2003 zwei Leichtwasserreaktoren mit 2000 Megawatt Leistung erhalten, um den defizitären Energiebedarf zu decken. Finanziert werden sollte dies von dem internationalen KEDO-Konsortium, hinter dem vor allem Japan und Südkorea stehen. Die US-Regierung selbst verpflichtete sich, bis zur Fertigstellung der beiden Leichtwasserreaktoren

jährlich 500 000 Tonnen schweres Heizöl sowie Lebensmittel zu liefern und die verhängten Sanktionen zu liften.

Aus heutiger Sicht haben beide Seiten Vertragsbrüche zu verantworten. Nordkorea forschte wohl seit 1995 im Geheimen doch an Uran-Anreicherungsprogrammen weiter, auf der anderen Seite ließ die Asienkrise von 1997 die Geldströme Japans und Nordkoreas für das KEDO-Programm versiegen. Die US-Regierung hielt ihre Handelszusagen und Lieferverträge nicht ein, weil der Druck des Kongresses zu stark war.

Nordkorea kam wohl auch deshalb auf die Liste der Länder der "Achse des Bösen"³, weil die stalinistisch-kommunistische Regierung in Pjöngjang nach Ansicht der US-Regierung bei Zugeständnissen im Rahmen der Inspektion von Nuklearanlagen und weit reichenden Raketen Washington nicht genügend entgegenkam. Der zweite wichtige Grund hat weniger mit Nordkorea als mit der innenpolitischen Situation in den USA zu tun: Je mehr die US-Regierung den Konflikt gegenüber Nordkorea verschärft, desto größer wird die inneramerikanische Unterstützung für die Raketenabwehrbefürwortung. "Die potenzielle nordkoreanische Raketenbedrohung diente dabei als willkommenes Feigenblatt, um nicht öffentlich einräumen zu müssen, dass das Abwehrprogramm eigentlich gegen die wachsende Bedrohung durch chinesische Raketen gerichtet ist"³, so Hans-Joachim Schmidt von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (in: FR-Dokumentation, 19.2.2002).

Sollte die nordkoreanische Regierung sich auf den Normalisierungsprozess gegenüber Südkorea einlassen, auf die Wiederaufnahme von Raketentests verzichten, seine beiden Leichtwasserreaktoren für Inspektionen der Internationalen Atom-Energie-Behörde in Wien öffnen und der Chemiewaffenkonvention beitreten, käme die US-Regierung mit ihrer Raketenabwehrlegitimation gehörig ins Schleudern.

Am 24.4.03 trafen sich zum erstenmal seit Oktober 2002 wieder US-und nordkoreanische Diplomaten - allerdings auf niedriger Ebene. Die Gespräche waren belastet durch "Zeitungsartikel, denen zufolge die USA aktiv einen Regimewechsel in Nordkorea durchsetzen wollen. Die New York Times zitierte ein internes Memorandum aus dem Weißen Haus, demzufolge die USA gemeinsam mit China auf einen Sturz von Kim Jong Il hinarbeiten sollten" (FR, 23.4.03). Gestützt auf hochrangige Quellen in Washington hatte die australische Zeitung "The Australian" berichtet, dass die USA Pläne für einen Militärschlag gegen das Atomzentrum Yongbyong ausgearbeitet hätten.

Am 6.1.2004 reiste ein US-Delegation nach Nordkorea, um die umstrittenen Atomanlagen zu besichtigen. Falls die US-Regierung Nordkorea von der Liste der den internationalen Terrorismus unterstützenden Staaten streicht sowie Sanktionen gegen das Land aufhebt, erklärte sich die Führung in Pjöngjang bereit, ihr Atomwaffenprogramm einzufrieren.

Am 12.1.04 erneuerte ein Sprecher des nordkoreanischen Außenministeriums erneut das Angebot, vollständig auf das Atomprogramm zu verzichten wenn das Land von der Liste der "Schurkenstaaten"³ gestrichen würde. Die US-Regierung lehnte daraufhin gleichzeitige Zugeständnisse ab.

Der ehemalige US-Verteidigungsminister William Perry hält einen Krieg für nahezu unvermeidlich, sobald Nordkorea die Wiederaufarbeitung seiner Brennstäbe abgeschlossen hat. Die Stationierung von B-1 und B-52-Bombern auf der Pazifikinsel Guam und die Verlegung von F-117-Kampfflugzeugen nach Südkorea lassen die Gefahr eines Krieges weiter anwachsen. Dass US-Außenminister Colin Powell auf das Angebot aus Pjöngjang vom Januar 2004 zunächst positiv reagierte, zeigt wieder einmal die Spannungen innerhalb der US-Regierung deutlich auf.

Im August 2003 konnte China einen großen diplomatischen Erfolg verbuchen, als es der Führung in Peking gelang, Japan, Nord- und Südkorea, Rußland und die USA zu einem Sechs-Staaten-Gespräch über das nordkoreanische Atomprogramm zu versammeln. Leider blieben

die Beratungen ohne nennenswerte Ergebnisse, eine Fortsetzung der Secherrunde ist in Planung, allerdings keineswegs sicher.

Vor diesem Hintergrund kommt einer vermittelnden EU-Politik größte Bedeutung zu. Die EU hat zwar ein großes Interesse am Handel mit beiden Ländern, ist allerdings ansonsten weitaus "neutraler³" gegenüber beiden Koreas als die USA und hat erhebliche Einflussmöglichkeiten auf einen Entspannungsprozess. Insbesondere eine Aufgabe auch der Regierung in Berlin wäre, darauf zu achten, dass der gegenseitige Prozess der Information über militärische Vertrauensbildung zwischen Seoul und Pjöngjang nicht wieder völlig abreist. In beiden Koreas besteht vereinzelt Bereitschaft, speziell aus der deutschen Wiedervereinigung zu lernen.

Ein Ausweg aus der jetzigen total verfahrenen Situation könnte die Einberufung einer regionalen Friedens- und Sicherheitskonferenz darstellen, an deren Ende die hoffnungsvoll begonnene "Sonnenschein-Politik" des ehemaligen südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-Jungs doch noch in einen Friedens- und Stabilitätspakt mündet. Die Wahrscheinlichkeit eines US-Angriffes auf Nordkorea sinkt auch in dem Maße, wie der Nachfolger Kim Dae-Jungs, Präsident Roh, den Kurs seines Vorgängers neu aufgreift.

Nachwort: Gerechtigkeit schafft Frieden

Während die gegenwärtige US-Regierung auf Krieg als Mittel der Politik setzt, um angeblich dem internationalen Terrorismus den Boden zu entziehen, scheint mir in der Ursachenbekämpfung von Ungerechtigkeiten der wichtigste Hebel für eine sicherere und frievollere Welt zu liegen.

Im Dezember 1987 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine grundlegende Resolution, die den Terrorismus verurteilte und die Nationen dazu aufrief, ihn mit aller Macht zu bekämpfen. 153 Länder votierten bei der Abstimmung mit "Ja", Honduras enthielt sich, die USA und Israel stimmten mit "Nein". Ihre Ablehnung begründeten die beiden Länder mit der Passage, dass "das aus der UN-Charta abgeleitete Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit von den Bestimmungen dieser Resolution unberührt bleibt, und Völker, denen dieses Recht gewaltsam vorenthalten wird ... insbesondere Völker unter kolonialen und rassistischen Regimes und fremder Besatzung oder anderen Formen kolonialer Herrschaft ... das Recht haben, darum (in Übereinstimmung mit der Charta und anderen internationalen Rechtsprinzipien) zu kämpfen und Unterstützung zu fordern und zu erhalten" (5).

Die UN-Resolution achtete auf die wichtige Unterscheidung zwischen Terrorismus einerseits und dem berechtigten Protest und Widerstand in Situationen von Unterdrückung, Unrecht und Gewalt andererseits. Genau diese Unterscheidung wird derzeit im so genannten "Krieg gegen den Terror" aufgehoben.

In ihrem Hirtenwort "Gerechter Friede" haben die katholischen deutschen Bischöfe einige bemerkenswerte Aussagen gemacht: "Es wäre fatal, wenn die Länder des Nordens ihre vorrangige Aufgabe darin sähen, sich vor den Armen, die in besonderer Weise der Erfahrung von Not, Gewalt und Unfreiheit ausgesetzt sind, zu schützen statt ihnen beizustehen" (S. 80). Weiter heißt es: "Die Solidarität mit den Armen ist Teil unseres kirchlichen Engagements. ... Die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Stärkung der Armen ruft ihrerseits in vielen Fällen gesellschaftliche Konflikte hervor. Denn wenn bestehende Machtverhältnisse in Frage gestellt werden, trifft dies regelmäßig auf den Widerstand der bislang Mächtigen und Privilegierten" (S.97).

Mit dem Satz "Wir verteidigen unsere Art zu leben, und das ist unser gutes Recht" (FR, 17.10.01) versuchte Bundeskanzler Gerhard Schröder die deutsche Beteiligung am so genannten "Anti-Terror-Krieg" zu rechtfertigen.

So lange in der UN-Charta das Recht jedes Menschen auf ein Leben in Würde festgelegt ist, gehört es zu den vordringlichsten Aufgaben einer Demokratie, die Art des westlichen Lebensstils so zu korrigieren, dass damit nicht mehr Hunger, Verelendung, Umweltzerstörung, Unterdrückung, Krieg und Tod für einen Großteil der Menschheit in anderen Kontinenten verbunden ist.

Anmerkungen:

- (1) Emmanuel Todd, Weltmacht USA. Ein Nachruf, München, 6. Aufl. 2003, S.168.
- (2) Sidney E. Dean, Blick nach Amerika, in: Europäische Sicherheit 9/2002, S. 31.
- (3) Hans J. Giessmann, Nordkorea - Washingtons "Next Target"?, in: Wissenschaft und Frieden 2/2003, S. 32.
- (4) Hans J. Giessman, a.a.O., S. 30.
- (5) zit. nach: Noam Chomsky, The Attack. Hintergründe und Folgen, Hamburg 2002, S. 55
Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes